

Atomtransporte durch das Land Bremen

(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 7. Juli 2009)

(Drucksache 17/857)

D a z u:

Mitteilung des Senats vom 27. Oktober 2009

(Drucksache 17/973)

Bremische Bürgerschaft (Landtag) – 17. Wahlperiode – 55. Sitzung am 18. November 2009

[...]

Abg. **Jens Dennhardt (SPD)**:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE und die Antwort des Senats darauf sind sehr umfangreich, auch Herr Rupp hat dies schon hervorgehoben. Im Grundsatz hätten Sie von der Fraktion DIE LINKE auch schon aus den Antworten des Senats auf die Fragen von meinem Fraktionskollegen Herrn Günthner und mir in der Fragestunde des Landtags vom 2. Juli 2008 ersehen können, in welchem Ausmaß höchst unterschiedliche Atomtransporte über die bremischen Häfen erfolgen und welche Gefährdungen davon für die Bevölkerung ausgehen. Die Nachrichten sind also nicht wirklich neu.

Die SPD-Fraktion wünscht sich allerdings vom Senat endlich eine übersichtliche Darstellung nach Höhe der radioaktiven Belastung und Zweckbestimmung beziehungsweise Herkunft des radioaktiven Materials. Ich habe jedenfalls vergeblich danach in der Antwort des Senats gesucht. Es ist eine lange, ausführliche Auflistung, aber es ist keine übersichtliche Zusammenfassung, wo das Ganze auch einmal in Kategorien dargestellt und geordnet wird. Die Bürgerinnen und Bürger stellen sich natürlich die Frage, ob diese Transporte sicher sind. Zu den Sicherheitsrisiken hat Herr Rupp einiges ausgeführt. Manche Materialien sind hoch radioaktiv, manche Transporte müssen durch die Polizei geschützt werden. Die Senatsantwort zeigt jedoch, dass sich über die grundsätzlichen Risiken hinaus in Bremen und Bremerhaven keine Sicherheitsmängel in der letzten Zeit gezeigt haben.

Die Kritik von Herrn Rupp bezieht sich darauf, dass Atomtransporte durch das Land Bremen Atomenergie ermöglichen. Die SPD hat in der Vergangenheit die Atomenergie mit auf den Weg gebracht. Der Atomkonsens unter der rot-grünen Bundesregierung sieht keinen Sofortausstieg, sondern nur eine Begrenzung der Laufzeiten vor. Für einen Großteil der atomaren Brennstoffe und der atomaren Abfälle aus der Atomenergie tragen die SPD und auch ihre Wählerinnen und Wähler damit Verantwortung.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind, wie die Mehrheit der Bevölkerung, zumindest in Umfragen, für den Atomausstieg gemäß Atomkonsens.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir Gegner der Laufzeitverlängerung haben aber die Bundestagswahl verloren. Soll die Bremische Bürgerschaft jetzt den Gegen-Bundestag spielen, indem sie ihre Hafenpolitik energiepolitisch ausrichtet? Welche Politikfelder soll Bremen dann als nächstes hafenpolitisch bearbeiten? Sollen die bremischen Häfen keine Universalhäfen mehr sein? Sollen die Häfen in Bremen und Bremerhaven nicht mehr nationale und europäische Aufgaben übernehmen, sondern nur noch bremische? Wir dulden jedoch gemeinsam mit unserem Bürgermeister Böhrnsen nicht das Sankt-Florians-Prinzip. Es geht nicht, dass Atomkraftbefürworter aus Niedersachsen, wie im Fall des Transportes von Atombrennstäben, aus dem britischen Sellafield zum Atomkraftwerk Grohnde geschehen, ihre Häfen nicht für solche Atomtransporte zur Verfügung stellen – auch Herr Rupp hat sich darauf bezogen. Diesen Umgang mit Atompolitik durch CDU-Politiker müssen wir brandmarken!

(Beifall bei der SPD)

Das ist keine verantwortungsvolle und schon gar keine ehrliche Politik! Maßstab für die Durchführung von Atomtransporten dürfen nicht die öffentliche Aufmerksamkeit und der polizeiliche Aufwand sein, sondern es muss immer einzig um die Sicherheit der beteiligten Arbeitskräfte und der Bevölkerung gehen!

(Beifall bei der SPD)

Doch lösen Atomtransporte die grundsätzlichen Probleme? Die Zuführung neuer radioaktiver Materialien zu Atomkraftwerken oder für Forschungszwecke, Industrie oder die Medizin ist mit ihnen möglich. Doch über die fehlende Lösung zur Endlagerung des Atommölls täuschen sie höchstens hinweg. Aufgrund der langen Halbwertszeiten – auch dies hat Herr Rupp schon dargestellt – vieler radioaktiver Substanzen muss eine sichere Lagerung über Jahrtausende sichergestellt werden. Das gilt auch für entsprechende radioaktive Abfälle aus Forschung und Medizin. Sind sie per se guter Atommöll? Auch die Asse in Niedersachsen war als Forschungseinrichtung deklariert. Auch bei Forschung und Medizin ist das Endlagerungsproblem nicht gelöst. Auch hier gilt es, die Notwendigkeit zu überprüfen und die Menge atomaren Abfalls möglichst gering zu halten.

(Beifall bei der SPD)

Der Transport von Atommöll ist nur ein Spiel auf Zeit. Allein in Europa warten 8 000 Kubikmeter hoch radioaktiver Abfälle in Zwischenlagern auf die Endlagerung. Jährlich werden es 300 Kubikmeter mehr. Auf Dauer werden wir nur Zwischenlager haben, bei denen die Kontrolle und die Rückholbarkeit entscheidend für die Sicherheit unserer Bevölkerung sein werden. Deshalb muss die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken durch die neue schwarz-gelbe Bundesregierung verhindert werden! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

[...]